In der BRD gibt es endlich eine rechte Volkspartei

Historiker Weißmann bilanziert die „Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten“

Das phänomenale Wahlergebnis der Alternative für Deutschland (AfD) von über 20 Prozent der Wählerstimmen bei der Bundestagswahl im Februar 2025 ist ein Paukenschlag in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Da lohnt sich ein Blick zurück auf die schwierige Geschichte der deutschen Rechtsparteien der vergangenen Jahrzehnte, einen langen Zeitraum ihrer offenkundigen Erfolglosigkeit. Allerdings ist diese Historie deutscher Parteien rechts der Mitte kaum sachkundig bzw. nur einseitig beleuchtet worden. Das hat sich nun, zeitgleich mit dem überragenden AfD-Erfolg, durch eine Veröffentlichung des Historikers Karlheinz Weißmann verändert: „Zwischen Reich und Republik“ heißt seine „Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten“.

Mit Dr. Karlheinz Weissmann sprach Bernd Kallina

Über 20 Prozent für die Alternative für Deutschland (AfD) bei der vorgezogenen Bundestagswahl am 23. Februar 2025 und damit doppelt soviele Stimmen wie 2021: Das ist ein vorher nie erreichtes Ergebnis für eine Rechtspartei in Deutschland seit 1949, einer tektonischen Verschiebung gleichend. Wie ordnen Sie als Historiker und ausgewiesener Kenner der Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten dieses Wahlresultat ein?

Fraglos ist der Erfolg der AfD das entscheidende Ergebnis der Bundestagswahl. Denn, wie Sie richtig sagen, es handelt sich um einen Vorgang, der das Parteiensystem der Nachkriegszeit endgültig erledigt. Das hat in der Vergangenheit zwar schon zwei Modifizierungen erfahren: durch das Verschwinden der kleineren konservativen Gruppierungen – in erster Linie Deutsche Partei und Gesamtdeutscher Block beziehungsweise Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten –, dann durch die Etablierung einer „ersatzkommunistischen“ (Helmut Schmidt) Fraktion in Gestalt der Grünen und einer (post-)kommunistischen in Gestalt der Linken.

Aber der Kern des Ganzen – Union, SPD und FDP – hat doch eine erstaunliche Kontinuität an den Tag gelegt. Wobei auch daran erinnert werden muß, daß Christ- wie Sozialdemokraten einmal echte Volksparteien waren, denen zugetraut wurde, die absolute Mehrheit der Wähler zu gewinnen. Und jetzt schauen sie sich deren Zustand an: Die SPD ist weit von 20, die CDU/CSU deutlich von 30 Prozent entfernt. Dagegen gibt es einen neuen Mitbewerber in Gestalt der AfD, einer Partei, die mit ihrer Programmatik rechts der Union steht und sich trotz aller Behinderungen hat etablieren können. Damit gewinnt das deutsche Parteienspektrum endlich etwas von der Normalität zurück, die ein Parteiensystem in der Regel haben muß: Vernünftigerweise sollte es neben einer Linken eine Mitte und eine Rechte geben.

Bild: Karlheinz Weißmann

Karlheinz Weißmann, geboren 1959 in Northeim (Niedersachsen), Studium der Evangelischen Theologie und Geschichte, war von 1983 bis 2020 im niedersächsischen Schuldienst tätig. 1989 Promotion über die Entwicklung der politischen Symbolik der deutschen Rechten. Vielfältige publizistische Tätigkeit auf historisch-politischem Gebiet im In- und Ausland

Im Vorfeld des Winterwahlkampfs übertrug der amerikanische Tech-Milliardär Elon Musk, führender Kommunikationsberater von US-Präsident Donald Trump, ein weltweit ausgestrahltes Interview mit der AfD-Bundeskanzlerkandidatin Alice Weidel über seine Plattform X. Das führte bei Vertretern des bundesdeutschen Parteienkartells zu empörten Proteststürmen, gipfelnd in dem Vorwurf, hier werde aus dem Ausland eine rechtsextreme Partei salonfähig gemacht. Wie haben Sie diesen Vorgang wahrgenommen?

Natürlich habe ich den Vorgang registriert. Meiner Meinung nach ist das, für sich genommen, bemerkenswert, wenn ein Mann vom Format Musks sich entsprechend äußert, und wahrscheinlich hat sein Schritt auch als eine Art Türöffner gewirkt. Nehmen Sie in der Folge den Empfang von Frau Weidel durch den ungarischen Regierungschef Orbán und vorher schon durch den US-Vizepräsidenten Vance.

Vance rief ja dann bei der renommierten Münchner Sicherheitskonferenz zur Berücksichtigung des rechten Wählerpotentials auf und erklärte, daß eine Demokratie „keinen Platz für Brandmauern“ habe. Die Bedrohung für Europa sei kein äußerer Feind, sie komme von innen, so Vance. Niemand rechnete mit so einer Rede. Sie etwa, Herr Dr. Weißmann?

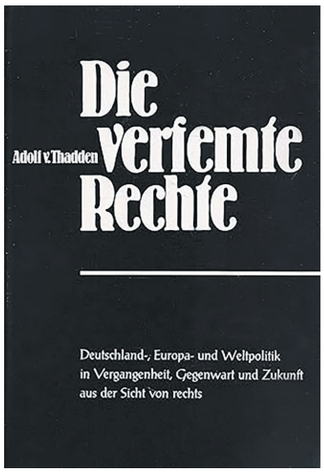
Nein, natürlich nicht. Das war tatsächlich ein verblüffender Vorgang. Aber insofern konsequent, als die Amerikaner in einem oft unterschätzten Ausmaß an ihre eigenen ideologischen Vorgaben glauben; zu denen gehört eben auch die „freie Rede“, und die wird in einem Ausmaß verteidigt, das man sich in Europa und zumal in Deutschland kaum vorstellen kann.

Man verbitte sich „Interventionen und Einmischung von außen“, so die Abwehrrhetorik der deutschen und europäischen Politprominenz, außer acht lassend, daß vielfältige Einmischungen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure von außen in die politischen Verhältnisse anderer Länder weltweit an der Tagesordnung sind, gerade auch seitens deutscher Spitzenpolitiker. Der offenkundige Widerspruch wurde einfach ausgeblendet, oder?

Nun, was die „Einmischung“ angeht, findet die doch dauernd statt: Die Ampelparteien sprachen beim US-Präsidentschaftswahlkampf Empfehlungen zugunsten der Demokraten aus; das Gleiche passierte über die Mainstreammedien, die im übrigen eine Rußlandberichterstattung liefern, die fallweise mit Umsturzphantasien arbeitet. Man sollte also nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashaus sitzt.

Nun zur deutschen Parteiengeschichte der Aufbaujahre nach 1945: Adolf von Thadden, langjähriger Vorsitzender der Nationaldemo-

kratischen Partei Deutschlands (NPD), schrieb 1984 in „Die verfemte Rechte“: „Angesichts der vorgegebenen Grundstruktur des deutschen Parteienwesens auf antifaschistischer Grundlage war logischerweise für eine rechte Partei im herkömmlichen sowie üblichen Sinne des Wortes kein Platz. Das galt nicht nur für die sowjetische Besatzungszone, sondern für die westlichen Besatzungszonen gleichermaßen.“ Trotzdem gab es die von den Briten lizenzierte rechte Deutsche Partei (DP), die in Niedersachsen sogar einen Ministerpräsidenten stellte und in den 1950er Jahren als Koalitionspartner der CDU auch im Deutschen Bundestag vertreten war. Nur ein bemerkenswerter Sonderfall?



Adolf von Thadden
Die verfemte Rechte
Deutschland-, Europa- und Weltpolitik in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aus der Sicht von rechts
304 Seiten, HC
Deutsche Verlagsgesellschaft, 1984

Man muß tatsächlich sagen, daß die britische Besatzungszone ein Sonderfall war. Hier wurde ja auch unmittelbar nach Kriegsende die Deutsche Rechtspartei / Deutsche Konservative Partei zugelassen, zu deren Führungspersonal Thadden gehörte. Aber diese DKP/DRP hat man eben gleichzeitig an ihrer Entfaltung gehindert. Das Lizenzierungsverfahren, auf das Thadden anspielt, bot da manche Möglichkeiten. Hier: Man erlaubte zwar die Gründung, behinderte aber die Ausbreitung und die Übernahme der Führungsposten durch geeignete Personen, etwa durch Otto Schmidt-Hannover, den letzten Vertrauten des DNVP-Vorsitzenden Alfred Hugenberg, der aber im Gegensatz zu Hugenberg ein entschiedener Hitlergegner war. Wenn das alles nichts half – wie im Fall des sensationellen Wahlerfolgs der Rechtspartei bei den Kommunalwahlen in Wolfsburg 1948 –, kassierte man das Wahlergebnis.

Aber bezeichnend ist auch, das hat Thadden an anderer Stelle ziemlich unverblümt gesagt, daß es der „Nationalen Opposition“ nach Aufhebung des Lizenzzwangs und Gründung der Bundesrepublik nie gelang, ihre inneren Querelen zu überwinden und einen klaren Trennungsstrich gegenüber den „Vernagelten“ zu ziehen. Das gilt auch und gerade für die Deutsche Reichspartei – die einzige halbwegs funktionstüchtige Partei innerhalb der „Nationalen Opposition“ –, zu deren Führungskreis Thadden dann gehörte. Einer ihrer Ehemaligen sagte mir mal, daß die Hälfte der Mitglieder eigentlich das NS-Regime wiederhaben wollte und er sich nicht einmal traute, seine engeren Bekannten zu werben, weil ihm das Auftreten der eigenen Parteifreunde zu peinlich war.

Die Deutsche Partei, von der Sie sprachen, hatte im Prinzip bessere Startchancen, weil sie als „niedersächsische Landespartei“ in einer für die Besatzungsmacht unverdächtigen – weil welfischen und mithin antipreußischen – Tradition stand. Aber hätte man an dieser Linie festgehalten, wäre die DP bestenfalls eine Regionalpartei geblieben. Das wollte ihr Vorsitzender Heinrich Hellwege nicht, ohne doch eine klare Strategie entwickeln zu können. Man schwankte zwischen der Idee einer „Großen Rechten“, die alle zusammengeführt hätte, von den Gemäßigten in der DRP bis zum nationalliberalen Flügel der FDP, und der Idee, für den norddeutschen Raum eine Art von „evangelischer CDU“ zu bilden. Zuletzt scheiterte der eine wie der andere Ansatz, auch weil die Anziehungskraft der Union übermächtig wurde. Ende der 1950er Jahre war die Desertion der Funktionsträger – bis hin zu den Bundesministern – in Richtung CDU nicht mehr aufzuhalten.

Aber war die Union denn in dieser Zeit eine Rechtspartei?

Das wird man so sicher nicht sagen können, auch wenn die sarkastische Bemerkung, die CDU sei eine Art Dauerkoalition von katholischem Zentrum und Deutschnationalen, mehr als ein Gran Wahrheit enthält. In jedem Fall ist festzustellen, daß das von Adenauer favorisierte Konzept – eine überkonfessionelle Partei, in Maßen marktorientiert und strikt antikommunistisch ausgerichtet, für die europäische Integration und die Westbindung – auf die bürgerlichen Wähler und auch auf einen Teil der Arbeiterschaft erhebliche Anziehungskraft ausübte. Das war keineswegs von Anfang an klar, denn die außerordentlichen finanziellen Belastungen durch das fortdauernde Besatzungsregime, die hohe Erwerbslosigkeit und die Frage, wie die Vertriebenen aus den Ostgebieten zu integrieren sein würden, stellten Anfang der 1950er Jahre Faktoren dar, die Adenauer auch hätten scheitern lassen können. Aber Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und politische Stabilisierung sind gelungen, was die bleibende Zustimmungsbereitschaft der Westdeutschen erklärt. Und was die Teilung betraf – die Adenauer sehr früh als unvermeidlich betrachtet hat –, beruhigte die CDU das nationale Gewissen mit patriotischen Deklamationen und dem Beharren auf dem Rechtsstandpunkt: keine Anerkennung der DDR, keine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

Bleiben wir bei der erwähnten Deutschen Partei, die schon 1949 mit der Parole antrat: „Fahre rechts, bleibe rechts, wähle rechts!“ Damals galt „rechts“ als normale politische Positionsbeschreibung. Die toxische Auflösung zur Feindmarkierung entwickelte sich erst später. In welcher Phase war das?

> „Bloße Kapitulation bedeutet noch nicht Frieden. Der Einfluß der Nazis hat alles durchdrungen, selbst die Kirche und die Schulen. Die Besetzung Deutschlands war ein Kriegsakt, dessen oberstes Ziel die Vernichtung des Nazisystems ist. […] Das vorige Mal gewannen wir den Krieg, aber ließen den Frieden aus unseren Händen gleiten. Diesmal dürfen wir nicht nachlassen. Wir müssen den Krieg und den Frieden gewinnen.“
>
> Tagesbefehl des britischen Oberkommandierenden, Feldmarschall Montgomery, vom 25. März 1945

Entscheidend waren die 1960er Jahre. Da haben die Zeitgenossen, soweit sie gesellschaftliche und weltanschauliche Vorgänge wach verfolgten, bereits gespürt, daß sich grundsätzliche Veränderungen abzeichneten. Die Versuche, dem von rechts etwas entgegenzusetzen, scheiterten samt und sonders. Man denke nur an das im Umfeld von Ludwig Erhard entwickelte Konzept der „formierten Gesellschaft“ oder an die zeitweise von Franz Josef Strauß unterstützte Idee eines deutschen „Gaullismus“ samt atomarer Bewaffnung der Bundeswehr, aber auch an den Aufstieg der NPD, die phasenweise in der Lage schien, das, was man die „nationale Welle“ nannte, zu nutzen, um eine Bündelung rechts der Union, doch im Verfassungsrahmen, zustande zu bringen.

Aber geworden ist aus alldem nichts. Vielmehr gab es eine dramatische Linksverschiebung zuerst des intellektuellen, dann des politischen Spektrums, die schon in der Endphase der „Ära Adenau-

er“ absehbar wurde und auf die man von rechts nicht zu reagieren wußte. Zu betonen ist auch, daß dieser Vorgang nicht nur die Bundesrepublik, sondern die ganze westliche Welt erfaßte. 1968 war ja nur das sichtbare Ergebnis dieses Prozesses, der sich lange angebahnt hatte. nun an Bedeutung gewann und in der Folge dazu führte, daß unter den „Meinungsmachern“ – um den Begriff Helmut Schelskys zu verwenden – die *Lefties* den Ton angaben. Natürlich gab es dagegen noch Widerstand, aber für die junge Generation, vor allem für die, die höhere Schulen und die Universitäten durchlief, galt „rechts“ in Zukunft als kontaminiert, wurde zum Synonym für „proto-“, „halb-“ oder ganzfaschistisch, faschistoid oder „nazistisch“. Die Rechte erscheint seitdem als ein homogener brauner Block; Differenzierungen, etwa zwischen Marktliberalen, Konservativen und Nationalrevolutionären, hat man sich längst abgewöhnt.

Die Parteien rechts der Mitte standen zum großen Teil nicht nur im Visier in- und ausländischer Geheimdienste, wie Sie in Ihrem Buch an vielen Stellen belegen. Sie waren auch Objekte aktiver Störmanöver und Zersetzungsmaßnahmen. Wie würden Sie – bilanzierend – die nachrichtendienstlichen Einflußnahmen auf deutsche Rechtsparteien beurteilen? Waren das überwiegend nur Nadelstiche oder mehr?

Was sind Interventionen?

„Was ist das überhaupt, eine Intervention? Interventionen werden hier verstanden als unterschiedliche Techniken, die in der internationalen Politik angewandt werden, um entweder eine regierende Elite in einem Zielstaat abzusetzen und/oder zu ersetzen oder eine an der Macht befindliche Elite in einem Klienten-Staat an der Macht zu halten.“

Paul Noack: „Intervention und Revolution“; in: Peter Cornelius Mayer-Tasch (Hg.): Münchner Beiträge zur Politikwissenschaft, Freiburg i.Br. 1980

Es ist ja grundsätzlich so, daß der Historiker nur einen Teil der Vorgänge erfassen kann. Selbst wenn man Zugang zu Archiven erhält, gibt es Abläufe, die verdeckt bleiben oder nur einem Kreis von Eingeweihten zugänglich sind. Und was die Einflußnahme der „Dienste“ angeht: Sie müssen ja gar nicht so weit gehen wie Egon Bahr, der in Reaktion auf die Stasi-Verstrickungen einiger Politiker nach dem Ende der DDR lapidar bemerkte,

Bild: WikiMedia Commons / Aneto (CC0)

Adolf von Thadden (1921–1996) zählte zum Führungspersonal der Deutschen Rechtspartei / Deutsche Konservative Partei (DRP/DKP). 1961 wurde er Vorsitzender der Deutschen Reichspartei (DRP). 1964 gründete er die Nationaldemokratische Partei (NPD), deren Vorsitzender er von 1967 bis 1971 war.

daß im Grunde alle Kanzler der Bundesrepublik Informanten der CIA gewesen seien. Aber daß die „Dienste“ in der Nachkriegszeit auch der Ausforschung der Parteien dienten oder der Unterwanderung oder dem Einsatz von Provokateuren, kann niemand ernsthaft bestreiten. Die Folgen hat ja noch eine Gruppierung wie die Republikaner zu spüren bekommen, die vom Ursprung her Fleisch vom Fleisch der Union war.

Könnte man die Republikaner als eine Art Vorläufer der heutigen AfD bezeichnen?

Es gibt da zweifellos Ähnlichkeiten. Aber man muß die Unterschiedlichkeit der Ausgangssituation im Blick behalten. Die Republikaner betraten die politische Bühne der Bundesrepublik, nachdem der von Strauß favorisierte Plan eines politischen *Roll-back* 1980 mit seiner Niederlage als Kanzlerkandidat der Union gescheitert war und zwei Jahre später sein Konkurrent Helmut Kohl die schwarz-gelbe Koalition an die Regierung brachte. Der Vorgang wurde zwar als „Wende“ bezeichnet, war aber keine, was auf dem rechten Flügel der CDU und stärker noch der CSU mit wachsendem Unmut registriert wurde. Dann brachte der ausgerechnet von Strauß „eingefädelte“ Milliardenkredit für die marode DDR das Faß zum Überlaufen, und es entstand zuerst als eine Art Abspaltung der CSU nach rechts die Partei der Republikaner, die sich in relativ kurzer Zeit zu einer veritablen nationalpopulistischen Gruppierung entwickelte. Aber die Bekämpfung durch die staatlichen Stellen und ein erster Vorgeschmack auf das, was später der „Aufstand der Anständigen“ sein würde, sowie eigene Fehler im Hinblick auf die Strategie haben sie scheitern lassen.

Heinrich Hellwege (1908–1991) war ein Mitbegründer der Deutschen Partei (DP), deren Vorsitzender er 1947–1961 war. 1949–1955 war er Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesrats, da sich die DP in einer Koalition mit der CDU unter Konrad Adenauer befand, und 1955–1959 Ministerpräsident von Niedersachsen.

Zuletzt hat sich die Wiedervereinigung als Nachteil erwiesen, obwohl die Republikaner die letzte gesamtdeutsche Kraft waren. Denn die DDR-Volkskammer hatte gegen sie ein Betätigungsverbot ausgesprochen, und Kohl konnte sich als „Kanzler der Einheit“ inszenieren. In der Folge hat die Union noch einmal ihre Monopolstellung rechts der Mitte zementiert. Aber nur auf Zeit. Das, was sich seit den 1990er Jahren abgespielt hat – das sehen wir aus der Distanz –, war der Anfang vom Ende für ihre zentrale Position im Parteiensystem. Auch wenn es noch einige Zeit dauerte, bis die Kohlisten die alte Substanz im Namen der „Modernisierung“ aufgebraucht und die Merkelianer den Rest erledigt hatten, brauchte es bis zur Gründung der AfD und deren Häutung, bis klar war, daß man es nicht nur mit einer Vereinigung frustrierter Ex-CDUler zu tun hatte, die sich am Euro-Rettungsplan störten. Aber das gehört im Grunde schon nicht mehr zu meinem Thema. Mein Ziel war es ja, die Geschichte der Nachkriegsrechten zu behandeln und damit Bezug auf einen hinreichend weit zurückliegenden Zeitabschnitt zu nehmen, der für den Historiker einigermaßen greifbar wird. Alles Übrige wird nur im Rahmen eines Ausblicks behandelt.

Trotzdem werden Sie eine Meinung zum „Verfassungsschutz-Fall AfD“ haben, gerade wenn man die aktuelle Situation mit der historischen vergleicht: Selbst die sogenannten Verfassungsschutzberichte der Inlandsgeheimdienste des Bunds oder der Länder haben in der BRD ihre ausgrenzende Wirkung inzwischen weitgehend verloren. Wähler lassen sich von ihnen nicht mehr von Stimmabgaben für die AfD abhalten. Was hat sich da verändert?

Fraglos hat sich da in der politischen Mentalität etwas verändert. Auf der Linken wurden der Verfassungsschutz und seine Berichte traditionell als Machtinstrument der Herrschenden angesehen und dem Sachgehalt wenig Gewicht beigemessen. Während meiner Studienzeit in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren gehörte der Spott über die „Ämter“ unter Progressiven ebenso zum guten Ton wie der Hohn über die

Gegen rechte Parteien: Provokationen, Verbotsverfahren und Geheimdienstaktionen

Die Kölner Synagogenschmierereien: Ein national und international aufsehenerregendes Ereignis waren die Kölner Synagogenschmierereien: Zwei fragwürdige Mitglieder der Deutschen Reichspartei (DRP), die sich häufig in der DDR aufhielten, beschmierten am 24. Dezember 1959 die neue Kölner Synagoge mit zwei Hakenkreuzen und der Parole „Deutsche fordern: Juden raus!". Das war der GAU im demokratisierten Nachkriegsdeutschland, mit entsprechenden wochenlangen Medienresonanzen, die es durch die Kölner Haßparolen als erwiesen ansahen, daß der Ungeist des antisemitischen Naziregimes in der Bundesrepublik munter fortlebe. Eine Fülle von Indizien, die auf eine Regieführung östlicher Geheimdienste hinwiesen, wurden beiseite geschoben, obwohl die Vorgehensweise haargenau in das nachrichtendienstliche Interventionsmuster von Stasi und KGB paßte, das bei vielen anderen Aktionen nachweisbar war. Michael Wolffsohn hat das in seinem Buch „Die Deutschland-Akte" umfangreich belegen können. Für die DRP hatte der Skandal jedenfalls eine deutliche Bremsung der Aufstiegsentwicklung zur Folge.

Das erste Verbotsverfahren gegen die NPD: Es wurde durch eine Initiative des bayerischen Innenministers Günther Beckstein (CSU) 2001 eingeleitet und aus Verfahrensgründen 2003 eingestellt. Es stellte sich nämlich heraus, daß bis in die Führungsebene der Partei aus Steuergeldern finanzierte V-Leute des Inlandsgeheimdiensts ihr Unwesen trieben. Das Gericht konnte nicht mehr unterscheiden, ob das „Belastungsmaterial" gegen die Partei von der NPD selbst oder von Geheimdienstmitarbeitern stammte. Skandalöses Beispiel: Ein den Holocaust plump leugnendes NPD-Plakat flog Anfang 2002 dadurch auf, daß just dieses Plakat unter der presserechtlichen Verantwortung des jahrelang im Sold des VS tätigen V-Manns Udo H. in Umlauf gebracht wurde.

Infiltrationsversuche durch ausländische Geheimdienste: Der amerikanische ehemalige UNO-Beamte Prof. Alfred de Zayas offenbarte in einem Interview, daß er in den 1980er Jahren zweimal von der CIA ersucht worden sei, die seinerzeit maßgebliche deutsche Rechtspartei Die Republikaner im Sinne seiner Auftraggeber auszuspionieren. Zayas lehnte höflich ab.

(Aus Andreas Mölzer: Über Mitte-Rechts-Koalitionen, „Brandmauern" und über politische Mutlosigkeit, Wien 2024)

„FDGO", also die freiheitlich-demokratische Grundordnung, von der man bestenfalls in ironischem Tonfall sprach. Das war auf der Rechten undenkbar. Jedenfalls die bürgerlichen Gruppen fürchteten nichts mehr als die Erwähnung oder die Beobachtung. Damit ist es in einem gerade noch unvorstellbaren Maß vorbei. Das ist die Folge davon, wenn man systematisch überzieht und im Umgang mit dem politischen Gegner nicht nur die Regeln der Fairneß, sondern auch die des Rechtsstaats verletzt. Dann wird irgendwann noch dem bravsten und wohlwollendsten Deutschen klar, daß das Attribut „rechtsextrem" oder „extrem rechts" schlicht jedem angeheftet werden kann, der nicht in der Spur laufen will.

Ein Blick auf Österreichs Freiheitliche Partei (FPÖ), seit der letzten Nationalratswahl stärkste Parteiformation in der Alpenrepublik: Ist deren bei weitem besserer Legalitätsstatus im Vergleich zur bundesdeutschen AfD vielleicht darauf zurückzuführen, daß in Österreich immer noch eine der Weimarer Reichsverfassung (WRV) verwandte Verfassung von 1920/29 gilt, während in der BRD das Grundgesetz von 1949 in Kraft ist, das maßgeblich auf einer Zurückweisung der Freiheitskonzeption der WRV beruht? Oder sehen Sie andere Gründe?

Ohne mich als Spezialist für die österreichischen Verhältnisse aufzuspielen – die Entwicklung habe ich in meinem Buch ja nur im Rahmen eines Exkurses behandelt –, will mir scheinen, daß hier zwei Faktoren wichtiger sind: einerseits das Geschick, mit der sich ein Teil der Rechten – die Österreichische Volkspartei – der Behauptung bediente, man gehöre zu den Opfern des NS-Regimes. Das war zwar nur eine Teilwahrheit, aber immerhin, und auf der konnte man aufbauen, weil es gleichzeitig gelang, sich ausdrücklich als rechtes „Bollwerk" gegen die Linke zu präsentieren. Der andere Faktor ist die oppositionelle Tradition des „nationalen Lagers", das ja im Grunde seit der Revolution von 1848 gegen die Obrigkeit stand und niemals so „gouvernemental" ausgerichtet war wie die Rechte im Reich und später in Nachkriegsdeutschland. In der FPÖ hat man sich seit je etwas „getraut", was den „Piefke" mit Staunen erfüllte.

Bedeutet das für die AfD: „Von Österreich lernen heißt siegen lernen"?

Nun, der erste Anlauf zu einer Regierungsbildung unter FPÖ-Führung ist ja gescheitert. Und wahrscheinlich geht es auch um mehr als um das Beispiel Österreich. Anfang des Jahrs hat der „Spectator" eine Ausgabe gebracht, die auf dem Titel eine amüsante Karikatur zeigte: ein nach rechts schwingendes Pendel, an dem sich lachend Farage – der Architekt des „Brexit" –, Trump, Milei, Giorgia Meloni, Marine Le Pen und Kemi Badenoch, die schwarze Vorsitzende der britischen *Tories*, klammern; dazu der Titel „Bewegung nach rechts". Die Herausgeber vertreten die These, daß wir es mit einer globalen, gegen die Linke und vor allem gegen deren kulturelle Dominanz in Gestalt des *Wokism* gerichteten Tendenz zu tun haben. Das kann sich natürlich als Fehleinschätzung erweisen oder nur eine Momentaufnahme sein, aber in derselben Nummer des „Spectator" hat Jordan Peterson ein Interview gegeben, in dem es grundsätzlich wird. Er hebt da einerseits auf die Bedeutung der Religion – ganz konkret: des christlichen Glaubens – und andererseits auf die Notwendigkeit ab, die Postmoderne zu überwinden, damit sich der Westen wieder seinen Grundlagen zuwendet und die Bedeutung der elementaren Voraussetzungen seines Überlebens – im Hinblick auf die Familie, im Hinblick auf die Tradition, im Hinblick auf die Autorität, um nur diese Stichworte zu geben – neu begreift. Wenn das nicht nur ein Appell bliebe, hätten wir tatsächlich den *Right move*, nicht nur als „Bewegung nach rechts", sondern auch als die „richtige Bewegung".

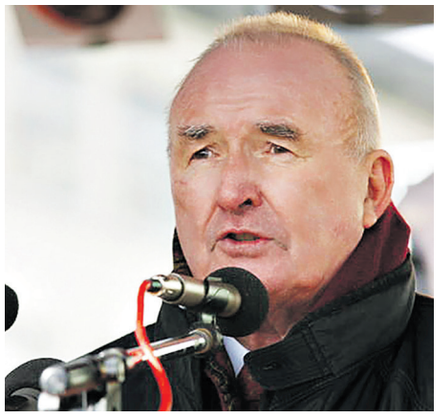


Bild: Marek Peters (GFDL 1.2)

Franz Schönhuber (1923–2005) gründete als einer der führenden Journalisten Bayerns 1983 die Republikaner, deren Bundesvorsitzender er 1985–1990 war.